

Fachinformationen der Blätter der Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege – Deutsche Zeitschrift für Soziale Arbeit – www.bdw.nomos.de

Wohlfahrtsverbände unterbreiten Finanzierungsvorschläge für sozialen Arbeitsmarkt

Die Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege hat mit einem Positionspapier ihre Vorschläge zur Ausgestaltung eines Passiv-Aktiv-Transfers als finanzielle Grundlage für einen sozialen Arbeitsmarkt konkretisiert. Neben der Erläuterung ihres Modells eines sozialen Arbeitsmarktes enthält es rechtliche und finanzielle Aspekte zur Umsetzung. Die Idee des Passiv-Aktiv-Transfers ist es, dass Personen, die eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ausüben, die über einen Lohnkostenzuschuss gefördert wird, durch ihren Lohn ihren Lebensunterhalt decken können. Das elfseitige Positionspapier steht auf der Internetseite der Organisation zum Herunterladen zur Verfügung. www.bagfw.de

35,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe

Bund, Länder und Gemeinden haben im Jahr 2013 insgesamt rund 35,5 Milliarden Euro für Kinder- und Jugendhilfe ausgegeben. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, sind die Ausgaben damit gegenüber 2012 um 10,2 Prozent gestiegen. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von etwa 2,7 Milliarden Euro – unter anderem aus Gebühren und Teilnahmebeiträgen – wendete die öffentliche Hand netto rund 32,8 Milliarden Euro auf. Der größte Teil der Bruttoausgaben (65 %) entfiel mit rund 23 Milliarden Euro auf die Kindertagesbetreuung. Rund ein Viertel der Bruttoausgaben (25 %) – insgesamt mehr als 8,7 Milliarden Euro – wendeten die öffentlichen Träger für Hilfen zur Erziehung auf. Davon entfielen etwa 4,7 Milliarden Euro auf die Unterbringung junger Menschen außerhalb des Elternhauses in Vollzeitpflege, Heimerziehung oder anderer betreuter Wohnform. Die Ausgaben für sozialpädagogische Fami-

lienhilfe lagen bei 785 Millionen Euro. Knapp 5 Prozent der Gesamtausgaben wurden in Maßnahmen und Einrichtungen der Jugendarbeit investiert. Bund, Länder und Gemeinden wendeten dafür rund 1,7 Milliarden Euro auf. www.destatis.de

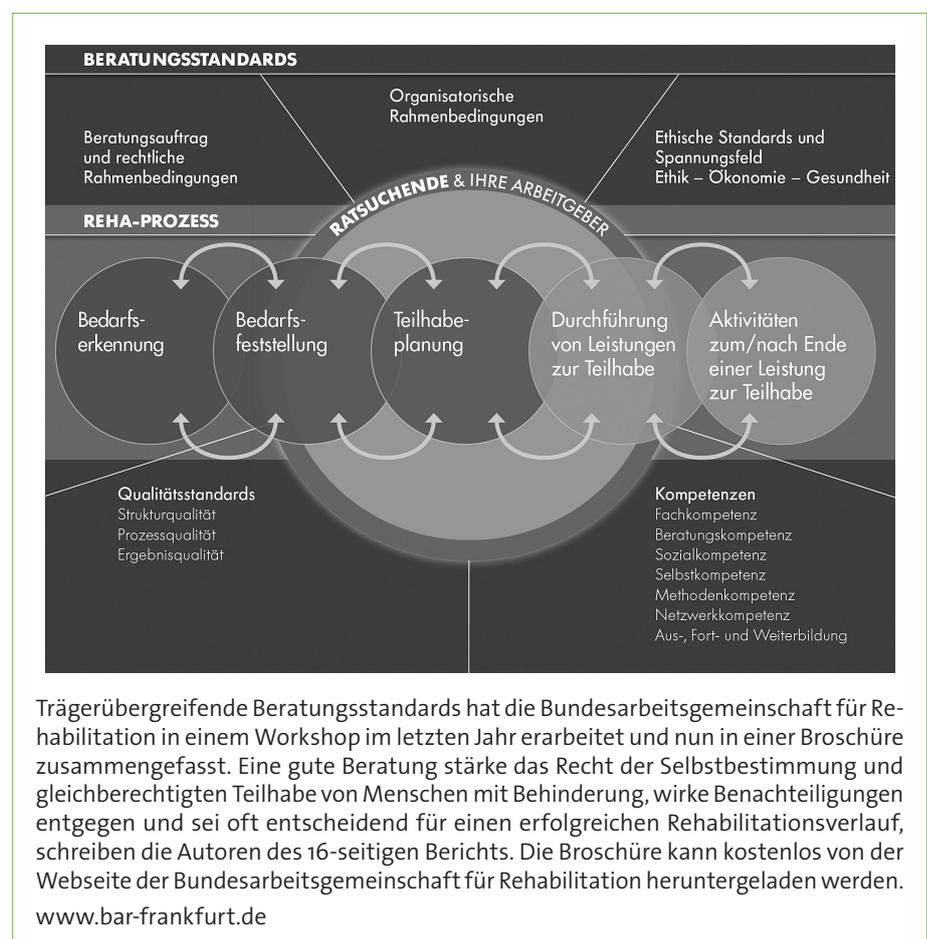
»Menschen erreichen – Teilhabe ermöglichen«

Die Deutsche Vereinigung für Soziale Arbeit im Gesundheitswesen e. V. veranstaltet am 5. und 6. November 2015 in Münster ihren Bundeskongress unter dem Thema »Soziale Arbeit im Gesundheitswesen: Menschen erreichen – Teilhabe ermöglichen«. Der Bundeskongress soll Fachleuten aus Praxis, Forschung und Lehre sowie Vertretern von Patienten,

Selbsthilfe- und Behindertenorganisationen eine fachliche Diskussions- und Fortbildungsplattform bieten. Begleitet wird der Kongress von einer Fachausstellung, in der sich insbesondere Einrichtungen aus dem Gesundheitswesen und die Kooperationspartner präsentieren werden. www.dusgbundeskongress.de

Kinder- und Jugendhilferecht-Portal gestartet

Das neue Kinder- und Jugendhilferecht-Portal »KiJuP-online.de« ist ein gemeinsames Projekt des Deutschen Instituts für Jugendhilfe und Familienrecht e. V. und der Nomos Verlagsgesellschaft. Der Online-Informationssdienst bietet Mitarbeitern der öffentlichen Jugendhilfe, die Mitglied des Deutschen Instituts für



Jugendhilfe und Familienrecht sind, praxisingerechte Informationen zum Kinder- und Jugendhilferecht. Nicht-Mitgliedern steht das Portal gegen Entgelt offen. Die Themen decken den gesamten Bereich der für die Kinder- und Jugendhilfe relevanten Rechtsgebiete ab. Zugang zu umfangreicher Fachliteratur (Kommentare und Handbücher), zur Zeitschrift »Das Jugendamt« sowie exklusiv für das Portal erstellte Themengutachten und Rechtsgutachten sind auf der Plattform abrufbar. Aktuelle Gesetze, eine Rechtsprechungssammlung im Volltext und ein Newsletter runden das Angebot ab. www.kijup.nomos.de

Paritätischer legt Broschüre zum Einsatz von Ehrenamtlichen vor

Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat seine Broschüre »Der Einsatz von Ehrenamtlichen aus arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Sicht« neu aufgelegt. Ziel dieser Arbeitshilfe

ist es, die unterschiedlichen Formen der Zahlung an Ehrenamtliche darzustellen und diese unter Berücksichtigung arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlicher Aspekte näher zu beleuchten. Hierbei ist insbesondere die ehrenamtliche Tätigkeit gegenüber sozialversicherungs- und lohnsteuerpflichtigen Beschäftigungsverhältnissen abzugrenzen. Die Broschüre steht auf der Webseite des Paritätischen zum kostenlosen Herunterladen zur Verfügung. www.der-paritaetische.de

Ambulante Versorgung reformbedürftig

Menschen mit psychischen Erkrankungen müssen nicht nur zu lange auf eine fachgerechte Versorgung warten. Oft fänden schwer und chronisch Erkrankte nur mit großer Mühe einen Behandlungsplatz, in manchen Fällen auch gar nicht. Grund dafür sei zu einem großen Teil die mangelnde Vernetzung der Versor-

gungsangebote. Das stellte die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde auf ihrem letzten Jahreskongress in Berlin fest und forderte die Selbstverwaltung zu umfassenden Reformen auf. Die Organisation empfiehlt beispielsweise die Einrichtung einer »Akutsprechstunde für psychische Erkrankungen«, in der Menschen innerhalb von zwei Wochen einen Vorstellungstermin erhielten, in der eine erste diagnostische Einschätzung erfolge, der Behandlungsbedarf abgeklärt und wenn nötig eine Krisenintervention angeboten werde. www.dgppn.de

Forschungsbericht zum »Budget für Arbeit« erschienen

Um mehr Menschen den Übergang von der Schule und von der Werkstatt für behinderte Menschen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt möglich zu machen, haben sich in den letzten Jahren in einer

Gegen den betriebswirtschaftlichen Tunnelblick



Dr. Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes in Berlin, gilt als der bekannteste Kritiker der Armut und Armutspolitik in Deutschland. Im Rahmen des Paritätischen wurde von uns schon in den 1980er Jahren eine neue Armutspolitik und eine aktive politische Rolle der Wohlfahrtsverbände gefordert, was durch die Armutsberichte des Paritätischen und durch Schneider in besonderer Weise eingelöst wurde und wird.

Nach seinem Buch »Armes Deutschland – Neue Perspektiven für einen anderen Wohlstand« (Frankfurt am Main 2010) setzt er sich nun mit der zunehmenden Ökonomisierung im Gesundheits- und Sozialwesen auseinander. Unsere Argumente zur »Notwendigkeit einer Sozialethik«, die sich gegen den in den 1990er Jahren aufblühenden Neoliberalismus wendeten, finden in dem neuen Buch eine intensive Fortsetzung und Ausweitung. Die von Schneider im letzten Teil des Buches geforderte »Wertediskussion« wird durch den Nachweis vieler Fehlentwicklungen in ihrer Notwendigkeit unterstrichen. Sogenannte »Effizienzkriterien« führen zu einer »Taylorisierung« (Zerstückelung) von Pflege und Sozialarbeit. Die Klienten werden nur noch unter Marktgesichtspunkten gesehen und behandelt.

»Von der Liebestätigkeit zum Mehrwert« nennt Schneider den Weg in die Ökonomisierung, der unter dem Einfluss des Neoliberalismus und durch fortschreitende Privatisierungen das »Humankapital« als Gewinnchancen in den Vordergrund stellt. Die Effizienzkriterien werden auch im Sozialwesen zum Nachweis der Professionalisierung, während herkömmliche Sozialarbeit als »Sozialromantik« abgetan wird.

Preiskampf und »Minutenpflege« kennzeichnen diese Entwicklung. Zwischen 1998 und 2013 stiegen die Kosten im Pflegebereich um 70 Prozent, die Vergütungen für das Personal aber nur um 15 Prozent (S. 78), wodurch auch die Gewinne der privaten Anbieter entsprechend stiegen. Der Klient wird im »Neusprech« nun »Kunde« genannt und so auf seinen Geldwert reduziert. Mit »betriebswirtschaftlichem Tunnelblick« wird eine »Wirkungsmessung sozialer Arbeit« mit »Impacts« und »Outcomes« versucht, um die »Rationalisierungsreserven« zu entdecken (S. 140).

Schließlich plädiert Schneider für die Besinnung auf ein Berufsethos, das sich gegen den neoliberalen Zeitgeist zur Wehr setzt und in der ganzheitlichen Wahrnehmung und Behandlung die Mitmenschlichkeit und Vertrauen im Umgang mit den zu Pflegenden und zu Fördernden wiedergewinnt.

Die Darstellung ist sehr praxisnah und durch einen großen Anmerkungsapparat abgesichert und zusätzlich erläutert. Die Sprache ist zupackend, reich an Beispielen oder Vergleichen, nicht ohne drastische Zuspitzungen, kritische Beurteilungen und zuweilen mit etwas burschikosen Formulierungen, die ein Kennzeichen Schneiders sind.

Die kritisierten Probleme und Fehlentwicklungen werden nicht nur die im Sozial- und Gesundheitswesen Tätigen und Leidenden bestätigen, sondern hoffentlich auch die Entscheidungsträger in Politik und Sozialwesen zu notwendigen Gegensteuerungen anregen.

Gerd Iben

Prof. Dr. Gerd Iben war bis zu seiner Emeritierung Hochschullehrer für Sozial- und Sonderpädagogik an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Er war lange Jahre ehrenamtlich in verschiedenen Gremien des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes und des Paritätischen Bildungswerkes aktiv.

Ulrich Schneider: »Mehr Mensch!« Gegen die Ökonomisierung des Sozialen. Westend Verlag, Frankfurt am Main 2014. 157 Seiten. 13,99 Euro. ISBN 3864890799.

Reihe von Bundesländern verschiedene Lösungsansätze entwickelt, die unter dem Stichwort »Budget für Arbeit« zusammengefasst werden. Auch der Landschaftsverband Rheinland hat seine Leistungen der Eingliederungshilfe und des Integrationsamtes im Bereich Arbeit und Beschäftigung in einem entsprechenden Budget gebündelt, das Übergänge fördern und die beteiligten Akteure besser untereinander vernetzen soll. Das Integrationsamt des Landschaftsverbandes Rheinland hat die Universität Halle/Wittenberg mit einem Forschungsprojekt dazu beauftragt. Die Studie stellt einen Vergleich zwischen den verschiedenen Modellen in den Bundesländern an und beleuchtet die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen. Der ausführliche Bericht zum Forschungsprojekt steht im Internet frei zugänglich zur Verfügung.

www.lvr.de

Neue Broschüre zur Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen

Die Arbeitshilfe zur Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a SGB VIII ist neu erschienen. Eine zuletzt 2007 von den beiden nordrhein-westfälischen Landesjugendämtern aufgelegte Arbeitshilfe wurde auf Wunsch der Jugendämter grundlegend überarbeitet. Ziel der Arbeitshilfe ist es, den mit der Eingliederungshilfe nach § 35a SGB VIII befassten Fachkräften eine praxisnahe Handreichung zur Verfügung zu stellen, die das komplexe Verfahren der Prüfung und Hilfestellung – sowie die im Vergleich zu den Hilfen zur Erziehung zu beachtenden Besonderheiten – auch für weniger erfahrene Fachkräfte abbildet.

www.lvr.de

World Vision startet eigenes soziales Netzwerk

Die Kinderhilfsorganisation World Vision hat ein Internetangebot gestartet, über das Engagement für ein Entwicklungsprojekt direkt möglich ist. Über »Mein Patenportal« erhalten Unterstützer neueste Informationen über das Land, die Entwicklung des Projekts und das von ihnen unterstützte Patenkind. Sie können über ein persönliches Profil per E-Mail mit ihrem Patenkind kommunizieren und haben weitere Möglichkeiten zu spenden. Jeder

Termine

Wirkungen Sozialer Arbeit: Potentiale und Grenzen der Evidenzbasierung für die Profession und Disziplin. Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Soziale Arbeit e. V. 24. und 25. April 2015 in Würzburg.
<http://dgsainfo.de>

Aktuelle Entwicklungen in der Eingliederungshilfe. 11. und 12. Mai 2015 in Berlin. www.deutscher-verein.de

Vom Ratschlag zur Beratung. Beratungskompetenz entdecken und entwickeln. 11. und 12. Mai 2015 in Frankfurt am Main.
www.awo-frankfurt.com

Integration und Teilhabe als gesellschaftliche Ressource. Fortbildungsreise nach Schweden. 18. bis 22. Mai 2015.
www.akademie.org

Fördermöglichkeiten bei der Aktion Mensch. Seminar für Einsteiger. 28. und 29. Mai 2015 in Berlin.
www.awo-bundesakademie.org

Anleitung von Praktikantinnen und Praktikanten im Praxisfeld der Sozialen Arbeit. 17. und 18. August 2015 in Münster.
www.weiterbildung-sozialwesen.de

Fachkraft für die inklusive Praxis – Basis. 10. und 11. Juni, 23. und 24. September, 18. und 19. November 2015 in Leichlingen (Rheinland).
www.paritaetische-akademie-nrw.de

Jugendhilfe in Russland und Deutschland. Präventive Ansätze und Arbeitsformen in der Kooperation zwischen Jugendhilfe und Suchthilfe. 30. Mai bis 6. Juni 2015 in Berlin und 10. bis 17. Oktober 2015 in Jekaterinburg und Umgebung (Russland).
www.awo-bundesakademie.org

Wirtschaft trifft Soziales. Jahrestagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Integrationsfirmen am 16. und 17. Juni 2015 in Goslar.
www.bag-if.de

Professionelle Fördermittelakquise für Organisationen der Sozialwirtschaft. 17. Juni 2015 in Köln.
www.bfs-service.de

80. Deutscher Fürsorgetag. 16. bis 18. Juni 2015 in Leipzig. Deutscher Verein

für öffentliche und private Fürsorge e. V. www.deutscher-verein.de

Die Beobachtung schulen: beobachten, bewerten, beurteilen. 24. und 25. August 2015 in Paderborn.
www.invia-akademie.de

Unbegleitete volljährige Flüchtlinge – den Übergang in die Selbstständigkeit erfolgreich gestalten. 17. und 18. September 2015 in Germerode (Nordhessen).
www.igfh.de

Europa vor Ort: EU-Fördermittel für sozialwirtschaftliche Projekte. 17. und 18. September 2015 in Berlin.
www.bfs-service.de

Die gutachtliche Stellungnahme in der Sozialen Arbeit. 22. und 23. September 2015 in Münster.
www.weiterbildung-sozialwesen.de

Politik der Verhältnisse – Politik des Verhaltens: Widersprüche der Gestaltung Sozialer Arbeit. 9. Bundeskongress Soziale Arbeit 2015. 30. September bis 2. Oktober 2015 in Darmstadt

Inklusion in den ambulanten Hilfen und Schule. Beispiele und Konzepte von Kooperationsformen. 8. und 9. Oktober 2015 in Hildesheim.
www.igfh.de

Rehacare 2015. Fachmesse mit Kongress. 14. bis 17. Oktober 2015 in Düsseldorf.
www.rehacare.de

ConSozial 2015: Fachmesse und Kongress des Sozialmarktes. 21. und 22. Oktober 2015 in Nürnberg.
www.consozial.de

Freiwilligenmanagement in der Sozialen Arbeit. 27. Oktober 2015 in Münster.
www.weiterbildung-sozialwesen.de

In Führung gehen. Wie Frauen aufsteigen und Einrichtungen gewinnen können. 27. und 28. November 2015 in Eisenach.
www.bundesakademie-kd.de

Vorschau: Zukunftsstrategien der Sozialwirtschaft und des Sozialmanagements in Theorie, Forschung und Praxis. 23. bis 25. Februar 2016 in Feldkirchen (Österreich).
www.inas-ev.eu



Das Wohlfahrtswerk für Baden-Württemberg stattete einige Wohnungen des Betreuten Wohnens mit Sensoren aus, die Notfallsituationen automatisch erkennen und die Koordinatorin vor Ort in einer kritischen Situation alarmieren sollen. Das »easierLife-System« soll Bewegungen und bestimmte Aktionen automatisch registrieren, beispielsweise das Verlassen der Wohnung. Die Sensoren sollen aber auch kritische Situationen erkennen, beispielsweise wenn ein Bewohner morgens nicht aufsteht oder von einem Ausflug nicht wie geplant nach Hause zurückkehrt. In solchen Fällen wird die Koordinatorin vor Ort per Nachricht auf ihrem Smartphone informiert. Sie kann dann den Mietern selbst helfen oder Hilfe rufen, auch wenn dies den Bewohnern selbst nicht mehr möglich ist. Trotz der engmaschigen Betreuung soll dabei die Privatsphäre der Bewohner unberührt bleiben.

www.wohlfahrtswerk.de

Spender bekommt einen persönlichen Account, in den immer wieder neueste Informationen eingespeist werden. Dadurch sollen Fortschritte im Kampf gegen Hunger, Krankheiten und Armut konkret und erfahrbar werden. Jeder Pate und jede Patin kann seine eigene Webseite kreieren, um sein Engagement auch bei Freunden und Verwandten bekannt zu machen. Außerdem können kleine Geschenke über das Portal an das Patenkind versendet werden. World Vision Deutschland e. V. ist ein christliches Hilfswerk mit den Arbeitsschwerpunkten nachhaltige Entwicklungszusammenarbeit, humanitäre Hilfe und entwicklungspolitische Anwaltschaftsarbeit. Im Finanzjahr 2013 wurden 318 Projekte in 47 Ländern durchgeführt. www.worldvision.de

Bund-Länder-Arbeitsgruppe legt Diskussionsentwurf zur Novellierung des § 63 StGB vor

Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe zur Novellierung des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus nach § 63 StGB hat ihre Arbeit abgeschlossen und ihre Ergebnisse vorgelegt. Sie schlägt Änderungen im Strafgesetzbuch und der Strafprozessordnung vor, mit denen die Anordnung der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus stärker auf gravierende Fälle beschränkt, die Unterbringung für weniger schwerwie-

gende Gefahren zeitlich begrenzt sowie die prozessualen Sicherungen ausgebaut werden, um unverhältnismäßig lange Unterbringungen besser zu vermeiden. Das Bundesjustizministerium will den Diskussionsentwurf der Arbeitsgruppe als Grundlage für einen Referentenentwurf des Ministeriums nutzen. www.bmjv.de

Für Erhalt der Altenpflegeausbildung

Dr. Stefan Arend, Vorstand des Kuratoriums Wohnen im Alter gAG, plädiert in einem Beitrag für den Informationsdienst SOZIALwirtschaft aktuell 3/2015 für den Erhalt der Altenpflegeausbildung und gegen die beabsichtigte generalistische Neuausrichtung der Pflegeausbildung. Sowohl die Ausdifferenzierung der Handlungsfelder im Spektrum von Akut- und Langzeitpflege als auch die divergierenden Zielsysteme pflegerischer Settings von »Heilung« bis hin zur »Begleitung finaler Lebenssituationen« erforderten jeweils spezifische Fach- und Methodenkompetenz. Fähigkeiten, die Pflegenden beispielsweise in der Kinderklinik oder in der Begleitung von Menschen mit Demenz benötigen, müssten im Falle einer generalistischen Pflegeausbildung durch die Anstellungsträger quasi nachholend und tätigkeitsbegleitend entwickelt werden. Die Kuratorium Wohnen im Alter be-

treibt bundesweit 14 Wohn- und zwei Pflegestifte, eine Rehabilitationsklinik und ein Bildungszentrum, in dem u. a. auch Altenpflegerinnen und Altenpfleger ausgebildet werden.

www.sozialwirtschaft.nomos.de/sozialwirtschaftaktuell
www.kwa.de

App zum Thema Demenz

Der Malteser Hilfsdienst hat zusammen mit der Swedish Care International die App »Demenz« herausgegeben. Das kostenlose Mini-Programm für Apple- und Android-Smartphones liefert erste Informationen und Ratschläge zum Thema. Die Hinweise sollen Angehörigen, Pflegenden und demenziell Erkrankten selbst helfen, die Lebensqualität zu steigern. Ein Menü führt durch Informationen zum Thema Demenz. So kann sich der Nutzer schnell zu den unterschiedlichen Arten demenzieller Erkrankungen, ihren Symptomen und zur Therapie unterrichten. Weiterhin finden sich praktische Tipps zur Erleichterung des alltäglichen Lebens. Häufig gestellte Fragen beantwortet die App direkt. Für individuelle Fragen steht ein E-Mail-Kontakt zu einem Netzwerk von Experten zur Verfügung. Darüber hinaus bietet das Netzwerk die Möglichkeit, sich mit anderen Betroffenen auszutauschen.

www.malteser-demenzkompetenz.de

Neues Handbuch zur Sozialrechtsberatung



Ob Elterngeld, Eingliederung in Arbeit, (vorzeitige) Altersrente oder Pflegegeld – der Gesetzgeber hat die Frage nach dem »Wer bekommt was von wem woraus« in vielen verstreuten Gesetzen festgelegt. Häufig greifen dabei Sozialleistungsansprüche ineinander, verschiedene Normen konkurrieren. Selbst erfahrenen Fachanwälten, umso mehr Beratern wie Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen in der Sozialen Arbeit, fällt der schnelle Zugang oft schwer. Der neue Gesamtkommentar zur Sozialrechtsberatung sammelt alle wichtigen Anspruchsnormen für Sozialleistungen in einem Band. Er konzentriert sich auf die relevanten Normen in der

Sozialberatung und stellt diese vertieft dar. Aus der Perspektive der Leistungsberechtigten werden Prüfungsreihenfolgen für die Beratungssituation entwickelt und mit den vertiefenden Normkommentierungen sowie präzisen Hinweisen zur Leistungsdurchsetzung aus den wichtigsten Beratungsbereichen verknüpft. Behandelt werden die wichtigsten Sozialleistungen: Studium- und Familienförderung (BAföG, BEEG, BKGG), Arbeitslosenversicherung (SGB III), Existenzsicherung (SGB II und XII), Krankenversicherung (SGB V), Rentenversicherung (SGB VI), Unfallversicherung (SGB VII), Behindertenrecht (SGB IX), Pflegeversicherung (SGB XI, WVG), Wohngeld (WoGG), Sozialverwaltungs- und Gerichtsverfahrensrecht (SGB I, X und SGG). Besonders hilfreich ist die Kombination von Kommentierung mit Prüfungsreihenfolgen, konkreten Berechnungsbeispielen und anschaulichen Beispielfällen.

Frank Ehmann, Carsten Karmanski, Gabriele Kuhn-Zuber: Gesamtkommentar Sozialrechtsberatung. Nomos Verlagsanstalt, Baden-Baden 2015. Ca. 1.700 Seiten. Ca. 88,- Euro. ISBN 978-3-8487-0245-9.

»Damit es nicht nochmal passiert«

Die Evang. Jugendhilfe im Kreis Ludwigsburg e. V. legt eine aktualisierte Fassung der Arbeitshilfe zur Verhinderung von Macht und Missbrauch in der Kinder- und Jugendhilfe vor. Die Broschüre »Damit es nicht nochmal passiert ... – Gewalt und (Macht-) Missbrauch in der Jugendhilfe verhindern« beschreibt einen mehrjährigen Organisationsentwicklungsprozess zur Vermeidung von Fehlverhalten und zeigt Verfahren zum Umgang mit (Macht-) Missbrauch auf. Die Veröffentlichung informiert über Beteiligungsaspekte und Beschwerdeverfahren und wird ergänzt durch den Blick von außen aus Sicht der externen Beraterin und der zuständigen Heimaufsichtsbehörde. Darüber hinaus sind Verfahrensregelungen und Arbeitsmaterialien wie ein Ampelplakat, die ethischen Grundlagen und der Info-Flyer für Kinder sowie vieles mehr in dem neu aufgelegten Heft enthalten. In die aktualisierte und erweiterte Arbeitshilfe wurden weitere Erfahrungen und Berichte aufgenommen, beispielsweise zur Umsetzung des

E-Mail aus Seoul



»Schnell, schnell«

Ich bin Südkoreanerin, Coach und Kunsttherapeutin, habe meine therapeutische Ausbildung in München gemacht und in einer Psychiatrie gearbeitet. Ich war über sieben Jahre in Deutschland und bin seit einem Jahr in Seoul.

Immer, wenn ich zu einem Bewerbungsgespräch eingeladen bin, bekomme ich die gleiche Frage gestellt »Ist es für Sie schwierig, als Therapeutin hier in Südkorea zu arbeiten? Es gibt einen großen Unterschied zwischen Deutschen und Südkoreanern, oder?« Dann antworte ich immer gleich: Die Behandlung koreanischer Patienten unterscheidet sich nicht von der deutscher Patienten, aber das Sozialsystem ist total anders.

Ich habe einen achtwöchigen Workshop für vergewaltigte Frauen in einem Traumatherapiezentrum in Seoul geleitet, was ich selbst

auch sehr interessant fand, weil es solche Angebote nicht oft gibt. Ich merkte keinen großen kulturellen Unterschied.

Aber Koreaner haben gewissermaßen Eile beim Prozess. »Schnell« ist das Lieblingsadjektiv in Korea, aber die Eile passt eigentlich gar nicht zum koreanischen Temperament. Ich vermute, dass solche Eile vom koreanischen System eingefordert wird. Ich arbeitete freiberuflich in verschiedenen Institutionen, merkte, dass eine therapeutische Vertragslaufzeit kürzer als in Deutschland ist. Für Kinder und Jugendliche bestehen verhältnismäßig mehr therapeutische Angebote und staatliche Unterstützungen als für Erwachsene. Aber wenn Erwachsene in Südkorea eine psychologische Therapie nötig haben, müssen sie alles selbst organisieren: Geld und Zeit.

Darum wollen Südkoreaner eine wirksame Therapie in einem kürzeren Zeitraum. Aber Deutsche warten erst auf die Erlaubnis der Krankenkasse oder Stiftung und wie viele Sitzungen sie bekommen. Natürlich hatten Deutsche in der Klinik einigermaßen Eile, aber es ging nicht um die Dauer, sondern darum, gesund zu werden.

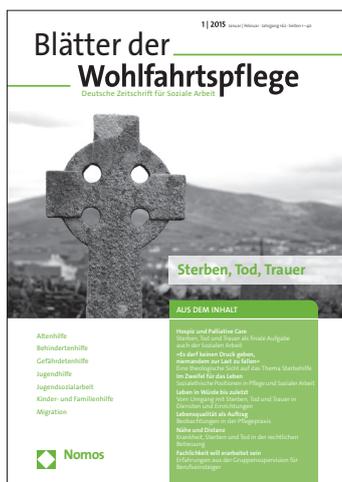
Meine deutschen Kollegen versuchten manchmal einfach mit den Patienten Kunst zu genießen, aber koreanische Kunsttherapeuten tun so etwas selten. Sie geben sich sehr Mühe, um genau zu diagnostizieren oder effektive Methoden zu finden. Sie sind unter dem Druck des Sozialsystems.

Ich vermisse das deutsche System in Südkorea.

Su Hyeon Kim

Su Hyeon Kim lebt in Seoul und arbeitet als Kunsttherapeutin und Coach.

Themenhefte der Blätter der Wohlfahrtspflege

**Krisendienste**

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2007

Schnittstellen der Jugendhilfe

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2007

Selbstständigkeit in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2007

Kindertagesstätten

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2008

Jugendsozialarbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2008

Wohlfahrtsverbände

Produktionsauftrag:

zivilgesellschaftlicher Mehrwert

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2008

IslamKritische Kooperation erwünscht:
Muslimische Vereine als Partner in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2008

PflegeversicherungFünf Fragen an die Pflege der Zukunft:
Who cares? Wie Unterstützung und Kooperation gestalten? Wie Teilhabe sichern? Wie finanzieren? Was macht gute Pflege aus?

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2008

Corporate CitizenshipGute Geschäfte: Die Renaissance unternehmerischen Engagements
Kooperationen sind Tauschgeschäfte: Wie man Unternehmen als Partner gewinnt
Pflegeversicherung

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2008

Aspekte kommunaler Versorgung

Die Zukunft der Kommune: weniger, älter, bunter

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2009

Forschung

Wissen generieren für die Theorie und für die Praxis Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2009

Verbraucherschutz

Vom Klienten zum Kunden – Konsequenzen für soziale Dienste und Einrichtungen

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2009

Recht

Fachkräfte Sozialer Arbeit als Experten für soziales Recht

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2009

Rechtsextremismus

Freie Wohlfahrtspflege gegen pädagogische und soziale Bestrebungen rechtsextremer Organisationen

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2009

Gesundheitsschutz

Befähigung zur Gestaltung gesunder Lebenswelten

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2009

Ethik

Soziale Gerechtigkeit als Grundlage der Profession Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2010

Armutsberichterstattung

Was mit dem ersten Armutsbericht von 1989 angestoßen wurde – und was immer noch nicht erreicht ist

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2010

Beschäftigungsförderung

Das Arbeitsleben mit Lebensarbeit verbinden und Verwirklichungschancen mehren

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2010

Zentren und Netze der Kompetenz

»Nicht gegeneinander, sondern miteinander arbeiten«

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2010

Familienförderung und Kinderschutz

Die Förderung menschlicher Beziehungen als Aufgabe von Wohlfahrt

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2010

Corporate Governance

Soziale Dienste und Einrichtungen gut und richtig führen

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2010

Care

Sorge mit Aussicht – der private Haushalt und die Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2011

Soziale Daseinsvorsorge

Kommunen zwischen Haushaltskonsolidierung und ihren Aufgaben als Koordinator lokaler Arrangements

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2011

Generalisierung vs. Spezialisierung

Die soziale Profession braucht Einheit in Vielfalt

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Quartiersmanagement

Partizipation als Gewinn für alle

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2011

Innovationen

Zwischen Reformstau und Reformmüdigkeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2011

Neuer Wohlfahrtsmix

So viel Nachbarschaft wie möglich, so viel professionelle Hilfe wie nötig

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2011

Person – Milieu – Sozialraum

Das Quartier als Milieu der Dienste und des Engagements

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2012

Versorgung gestalten

Vom Zusammenwirken von Professionen, Diensten und Nutzern

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2012

Beratung in der Sozialen Arbeit

Querschnittsaufgabe und spezialisiertes Arbeitsfeld

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2012

Lebensqualität

Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Steuerung in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2012

Soziale Freiwilligendienste

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2012

Pflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2013

Wohnen in Bewegung

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2013

Personal in der Sozialen Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2013

Orte früher Bildung

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2013

Europäische Union

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2013

Schule und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2013

Finanzierung Sozialer Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2014

Dienste am Arbeitsmarkt

Blätter der Wohlfahrtspflege 2/2014

Soziale Medien und Soziale Arbeit

Blätter der Wohlfahrtspflege 3/2014

Freiwilliges Engagement

Blätter der Wohlfahrtspflege 4/2014

Migration heute

Blätter der Wohlfahrtspflege 5/2014

Freie Wohlfahrtspflege

Blätter der Wohlfahrtspflege 6/2014

Sterben, Tod, Trauer

Blätter der Wohlfahrtspflege 1/2015

Jahresabonnement incl. Online 79,- € (Privatbezieher); Studenten und arbeitslose Bezieher (jährliche Vorlage einer Bescheinigung erforderlich) 41,- €; Institutionen incl. Online 119,- €; Einzelheft 18,- €. Alle Preise verstehen sich incl. MwSt., zzgl. Vertriebskostenanteil.

Nomos Verlagsgesellschaft,
Postfach 10 03 10, 76484 Baden-Baden,
Telefon 07221 2104-0, Fax 07221 210427,
E-Mail Nomos@nomos.de, Internet
<http://www.nomos.de>

Beschwerdeverfahrens für Kinder im Alltag, zur Herausforderung, sichere Orte zu schaffen und zum Vorgehen bei sexuellen Übergriffen unter Kindern und Jugendlichen. Zudem enthält die Broschüre einige Leitlinien zur Entwicklung eines sexualpädagogischen Rahmenkonzeptes mit Arbeitsmaterial für die praktische Umsetzung. Die Arbeitshilfe kostet 17,90 Euro.
www.jugendhilfe-hochdorf.de

Sofortmaßnahmen gegen Stromsperrern gefordert

Der Erwerbslosen- und Sozialhilfeverein Tacheles e. V. fordert angesichts neuer Rekordstände bei Mahnverfahren in Zusammenhang mit Energieschulden und der hohen Zahl von Stromsperrern gesetzliche Maßnahmen, um Energiearmut wirksam zu bekämpfen und die Versorgung der betroffenen Haushalte sicher zu stellen. Von den rund 350.000 Stromsperrern im Jahr 2013 wurden ca. 200.000 bei Bezieherinnen und Beziehern von SGB-II-Leistungen verhängt. Der Verein hat ein Forderungspapier veröffentlicht, in dem ein Bündel von Sofortmaßnahmen gefordert wird. Dies beinhaltet unter anderem die Herausnahme der Haushaltsenergie aus den Regelbedarfen nach dem SGB II/SGB XII, die Einführung einer bedarfsorientierten Haushaltsenergiepauschale zusätzlich zum Regelbedarf und die Schaffung von Energiesicherungsstellen und Meldepflicht bei drohender Versorgungseinstellung.
www.tacheles-sozialhilfe.de

Deutsches Rotes Kreuz legt Leitfadens zum Flüchtlingsrecht vor

Wer sich mit Fragen des Ausländer- und Asylrechts befasst, hat es immer wieder mit neuen gesetzlich-administrativen Veränderungen und Entwicklungen zu tun. So ist es mittlerweile auch für Fachleute nicht einfach zu überschauen, welche Vorschriften wann greifen und wie sie auszulegen sind. Jenseits dieser komplizierten Gemengelage befinden sich die Menschen, die in den Beratungsstellen von Wohlfahrtsverbänden und anderen Einrichtungen der Flüchtlingshilfe jeden Tag vor der Herausforderung stehen, den Spagat zwischen gesetzlichen Vorgaben,

Verwaltungsvorschriften, Durchführungsverordnungen und den Interessen der Ratsuchenden zu vollziehen. Das Deutsche Rote Kreuz hat nunmehr gemeinsam mit dem Inforverbund Asyl und Migration eine Arbeitshilfe zum Flüchtlingsrecht herausgegeben, die beim Einstieg in eine komplizierte Rechtsmaterie helfen und im Beratungsalltag Orientierung vermitteln soll. Der Leitfaden steht kostenlos zum Herunterladen zur Verfügung.
www.drk-wohlfahrt.de

Ältere engagieren sich oft freiwillig

Jeder zweite Über-85-Jährige in Deutschland engagiert sich als Freiwilliger. Die meisten von ihnen unterstützen Familienangehörige oder kümmern sich um andere Senioren, die etwa in Alters- und Pflegeheimen auf Hilfe angewiesen sind. Für viele ist es das erste Mal im Leben, dass sie sich als Freiwillige für andere einsetzen: Zwölf Prozent haben erst im Alter von 80 mit der ehrenamtlichen Arbeit begonnen. Diese Zahlen nannten nach Angaben von »VoluNation« Wissenschaftler der Universität Heidelberg auf einer Fachtagung zu Engagement im Alter.
www.VoluNation.com

»Rückenwind« legt Abschlussdokumentation vor

Nach sechsjähriger Laufzeit endete im letzten Jahr das Programm »rückenwind – Für die Beschäftigten in der Sozialwirtschaft«. Eine Dokumentation fasst die zentralen Arbeitsschwerpunkte und Ergebnisse des Förderprogramms zusammen. Bundesweit 131 Personalentwicklungsprojekte in der gemeinnützigen Sozialwirtschaft wurden in dieser Zeit erfolgreich auf den Weg gebracht. Eingeleitet wird die gut 100 Seiten starke Broschüre mit umfassenden Informationen zum Hintergrund und zur Umsetzung des Projekts. Sechs Einzelkapitel beleuchten sodann die Schwerpunktthemen der Förderung und stellen besonders gelungene Projektbeispiele ausführlich vor. Diskutiert werden Modellvorhaben aus den Bereichen Personalgewinnung, altersgerechte Personalgewinnung, Gesundheitsförderung, berufsbegleitende Qualifizierung, Frauen in Führungsposi-

sitionen und »Vielfalt nutzen«. In einem letzten Teil werden alle »rückenwind«-Projekte unter ihren jeweiligen Förderungsschwerpunkten mit Kurzsteckbriefen beschrieben.
www.bagfw-esf.de

Reportagen aus dem psychiatrischen Alltag

Das Buch »Wir brauchen noch Kaffee und Zucker« ist eine einfühlsame und liebevolle Hommage an Menschen mit psychosozialen Handicaps und psychischen Erkrankungen sowie für jene, die sie in ihrem Alltag begleiten. Die über 60 Reportagen sind nicht spektakulär; vielmehr sind es die kleinen Erfahrungen, die erkrankte Menschen und professionelle Helfer im täglichen Miteinander machen: Bei Klebearbeiten in der Tagesstätte, beim Gärtnern im Schrebergarten, beim Tischkicker-Spielen oder auf dem Fußballplatz, beim Essen verteilen in der Schulküche oder beim Männerkochkurs. Sozial- und Gesundheitsunternehmen soll das Buch ermutigen, betroffene Menschen mit ihren Erfahrungen selbst zur Sprache kommen zu lassen. Die Reportagen von der Website der Offenbacher Stiftung LBENESRÄUME wurden für das Buch neu bearbeitet.

Johann Kneißl: Wir brauchen noch Kaffee und Zucker. Menschen mit psychischen Erkrankungen gestalten mit fachlicher Unterstützung aktiv ihren Lebensalltag. Gespräche – Interviews – Fotoreportage 2008-2013. Reihe Offenbacher Editionen, Offenbach. 160 Seiten. 17,30 Euro. ISBN 978-3-939537-37-3.

EU-Kommission veröffentlicht Definition von Sozialunternehmen

Die Kommission der Europäischen Union hat die Ergebnisse einer vergleichenden Studie über die Eigenschaften von sozialen Unternehmen in den EU-Mitgliedstaaten und der Schweiz veröffentlicht. Dabei wurden erstmals dieselbe Definition und ein einheitlicher Ansatz verwendet. Die Kommission betont, dass die verwendete Definition nicht neu sei, sondern eine »operative Definition«, welche angewendet werden kann, um soziale Unternehmen von herkömmlichen Unternehmen und

traditionellen Akteuren der Sozialwirtschaft zu unterscheiden. Hierzu muss das Unternehmen eine unternehmerische Dimension, eine soziale Dimension und eine integrative Struktur aufweisen. Konkret leitet die Kommission hieraus fünf Hauptkriterien ab:

- Die soziale Organisation muss in wirtschaftlichen Aktivitäten engagiert sein.
- Die soziale Organisation muss ein explizites und primäres soziales Ziel verfolgen.
- Die soziale Organisation muss Höchstgrenzen für die Verteilung von Gewinn oder Vermögen haben.
- Die soziale Organisation muss unabhängig vom Staat und von anderen traditionellen nicht-profitorientierten Organisationen sein.
- Die soziale Organisation muss integrative Führungsstrukturen aufweisen.

Entsprechende Organisationen, die diese Kriterien erfüllen, gibt es der Studie zufolge in allen 29 untersuchten Ländern. Der Bericht skizziert die nationalen Gesetzgebungen und Rechtsgrundlagen für soziale Unternehmen, einschließlich bewährter Verfahren zur Wachstumsbeschleunigung ihres Ökosystems. Laut der Studie haben lediglich die acht Länder Bulgarien, Griechenland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Slowenien, Schweden und Großbritannien eine Rechtsgrundlage, welches die Entwicklung von sozialen Unternehmen unterstützt.

Zu den Hindernissen, welchen soziale Unternehmen begegnen, zählen laut dem Kommissionsbericht: schlechte Sichtbarkeit und Wahrnehmung des Sektors; Einschränkungen durch die derzeitigen Rechtsgrundlagen; begrenzte finanzielle Mittel; schwierigen Zugang zu den Märkten; unzureichende Strukturen zur Geschäftsunterstützung und Geschäftsentwicklung, Fortbildungen und Entwicklung des Arbeitskräfteangebots. Eine englische Zusammenfassung der Studie »A map of social enterprises and their ecosystems in Europe« kann aus dem Internet heruntergeladen werden.

<http://ec.europa.eu>

Kennzahlen

»Ohne Zahl kann die Vielheit der Dinge nicht bestehen; denn ohne Zahl gibt es keine Unterscheidung, Ordnung, Proportion, Harmonie.«

Nikolaus von Kues, deutscher Philosoph (1401–1464)

755.938

Zahl der Personen, die im Jahre 2013 in Deutschland rechtskräftig verurteilt worden sind

519.723

Zahl der jungen Menschen in Deutschland, für die im Jahre 2013 eine Hilfe zur Erziehung (SGB VIII) begonnen hat

893.825

Zahl der Menschen, die im Jahr 2013 in Deutschland gestorben sind

682.069

Zahl der Kinder, die im Jahr 2013 in Deutschland geboren wurden

33,3

Durchschnittliches Lebensalter in Jahren der Empfänger von Leistungen der Eingliederungshilfe (SGB XII) in Deutschland (Stand 2013)

6,2

Zahl der durchschnittlich in einem Haushalt der USA vorhandenen internetfähigen Geräte (Computer, Notebook, Smartphone, Fernseher etc.)

7.384.947

Zahl der Menschen in Deutschland, die am Jahresende 2013 auf gesetzliche Mindestsicherungsleistungen angewiesen waren (»Hartz IV«, Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, Leistungen der Kriegsopferfürsorge im Inland nach dem Bundesversorgungsgesetz)